

Konflikte im Zusammenhang mit natürlichen Ressourcen - Forschungsergebnisse und Perspektiven

Laurent Goetschel and Didier Péclard



Electronic version

URL: <http://journals.openedition.org/sjep/433>

ISSN: 1663-9677

Publisher

Institut de hautes études internationales et du développement

Printed version

Date of publication: 1 octobre 2006

Number of pages: 101-113

ISBN: 2-88247-065-7

ISSN: 1660-5926

Electronic reference

Laurent Goetschel and Didier Péclard, « Konflikte im Zusammenhang mit natürlichen Ressourcen - Forschungsergebnisse und Perspektiven », *Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik* [Online], 25-2 | 2006, Online erschienen am: 07 Juni 2010, abgerufen am 20 April 2019. URL : <http://journals.openedition.org/sjep/433>

Konflikte im Zusammenhang mit natürlichen Ressourcen

Forschungsergebnisse und Perspektiven

Laurent Goetschel* und Didier Péclard**

Die Zusammenhänge zwischen natürlichen Ressourcen und Konflikten haben eine lange Geschichte. Seit Jahrhunderten haben Gesellschaften und Staaten bestimmte Naturressourcen zur Verfolgung ihrer Interessen und ihrer politischen Ziele eingesetzt. So war beispielsweise bis Ende des 18. Jahrhunderts Holz von entscheidender Bedeutung für die Seemächte. Heutzutage macht Erdöl Schlagzeilen in den internationalen Medien als unverzichtbarer Bestandteil der Politik der Grossmächte, wie auch als Konfliktursache. Man spricht von einer Geopolitik der Konflikte in Verbindung mit Naturressourcen (sog. Ressourcenkonflikte)¹. Doch haben Staaten nicht das Monopol der Aneignung von Naturressourcen zu politischen oder militärischen Zwecken. Die Kontrolle über natürliche Ressourcen oder deren Nutzung ist auch ein bedeutender Faktor für Spannungen, ja sogar für Konflikte zwischen Gesellschaftsgruppen, gleich ob es sich dabei um nicht erneuerbare Ressourcen (wie Diamanten) oder um erneuerbare Ressourcen (wie Wasser oder Boden) handelt.

Trotz ihres langjährigen Bestehens sind die Zusammenhänge zwischen natürlichen Ressourcen und Konflikten indessen weiterhin problematisch und müssen kritisch hinterfragt werden. Dies war das Bestreben der Forschungsarbeiten zu dieser Thematik im Rahmen des NCCR² North-South, genauer gesagt, innerhalb des *Individual Project* (IP) 7 unter der Federführung der Schweizerischen Friedensstiftung (Swisspeace)³, dem sich auch Forscher des Zentrums für Sicherheitspolitik (CSS)⁴ der ETH Zürich und des Ethnologieseminars der Universität Zürich (ESZ)⁵ anschlossen. Diese Forschungen fanden in Fortsetzung der Pionierarbeiten statt, die – ebenfalls im Rahmen von Swisspeace und CSS – von Günther Baechler und Kurt Spillmann für das Projekt *Environmental Change and Conflict* (ENCOP)⁶ durchgeführt wurden. In den nachfolgenden Ausführungen stellen wir diese Forschungsarbeiten eingangs in ihren

* Direktor der Schweizerischen Friedensstiftung (Swisspeace), Bern.

** Koordinator des Programms Gouvernanz und Konflikt, Schweizerische Friedensstiftung (Swisspeace), Bern, Schweiz

¹ P. Le Billon, „The Geopolitical Economy of ‚Resource Wars‘“, in *Geopolitics of Resource Wars*, Ph. Le Billon (ed.), London, New York, Frank Cass, 2005, S. 1-28.

² National Centre of Competence in Research oder Nationaler Forschungspol. Für Einzelheiten hierzu siehe <<http://www.nccr-north-south.unibe.ch>>.

³ <<http://www.swisspeace.org>>.

⁴ <<http://www.css.ethz.ch>>.

⁵ <<http://www.ethno.unizh.ch>>.

⁶ G. Baechler, V. Böge, S. Klötzli, S. Libiszewski, K.R. Spillmann, *Kriegsursache Umweltzerstörung. Ökologische Konflikte in der Dritten Welt und Wege ihrer friedlichen Bearbeitung (ENCOP Band I)*, Zürich, Chur, Rüegger, 1996.

politischen und historiographischen Kontext und präsentieren anschliessend kurz die wichtigsten Ergebnisse. Ferner zeigen wir namentlich anhand verschiedener Fallstudien, die von DoktorandInnen des IP7 durchgeführt wurden, dass die in der wissenschaftlichen Literatur weit verbreitete Vorstellung, gemäss der zwischen Umwelt und Konflikten ein direkter Kausalzusammenhang bestehe, keine reelle empirische Grundlage hat. Ebenso muss die heuristische Bedeutung dieser klassischen Sichtweise in Frage gestellt werden: Indem man sich auf diese ökologischen Kausalzusammenhänge konzentriert, ist die Gefahr gross, dass man den wirklichen geschichtlichen, politischen und wirtschaftlichen Dimensionen dieser Konflikte nicht den ihnen gebührenden Platz einräumt. Schliesslich geben wir einige Hinweise auf mögliche Forschungsrichtungen als Anregungen zur Reflexion über dieses Thema.

Von der „Umweltsicherheit“ zur „Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen“

Gegen Ende des Kalten Krieges kam das Konzept der „Umweltsicherheit“ auf internationaler wie auch nationaler Ebene als Ergebnis einer Reihe von Zufällen auf. So haben die Dürren und die rasche Desertifikation des Sahel, der Unfall des Kernkraftwerks Tschernobyl im Jahr 1986 sowie die Debatten über das Waldsterben in Westeuropa weitgehend dazu beigetragen, die breite Öffentlichkeit auf die durch unsere Umwelt verursachten „Bedrohungen“ aufmerksam zu machen und für diese Thematik zu sensibilisieren. Tatsächlich schien seitdem die Möglichkeit gegeben, dass das Wohlergehen der Bevölkerung durch die Umweltzerstörung, welche direkt oder indirekt durch die menschliche Tätigkeit und den dadurch verursachten „Klimawandel“ herbeigeführt wird, beeinträchtigt werden könnte. In politischer Hinsicht haben das Ende des Kalten Krieges und die Debatte um die „neuen Sicherheitsherausforderungen“ die Palette der Bedrohungen erweitert. Die Sicherheit der Staaten hing fortan nicht mehr nur von der Abwehr gegen Nuklearraketen, sondern auch vom Umweltschutz ab⁷. Militärische Verteidigungsorganisationen, wie die NATO, haben Reflexionsforen über Umweltbedrohungen ins Leben gerufen, und etablierte amerikanische *Think Tanks*, wie das Woodrow Wilson Center, haben spezielle Programme zur Untersuchung dieser Art von Konflikten geschaffen⁸. Es ging um die Frage, wann und unter welchen Umständen die Umweltgefahr zu einer „Bedrohung“ werden könnte. Angesichts der Vielfalt der Initiativen und der Reflexionen war es jedoch schwierig, zu unterscheiden, welches – zwischen Umweltschutz, unserer eigenen Sicherheit oder auch der Sicherheit jener Länder, aus denen einige der betreffenden Naturressourcen stammten, – effektiv das zentrale Anliegen war⁹.

Vor diesem Hintergrund wurden Anfang der 90er Jahre verschiedene Forschungsprojekte lanciert, um die eventuellen Zusammenhänge zwischen Rück-

⁷ B. Buzan, *People, States, and Fear: An Agenda for International Security Studies in the Post-cold War Era*, Boulder, CO, Lynne Rienner, 1991; J.T. Mathews, „Redefining Security“, *Foreign Affairs*, Vol. 68, No 2, 1989, S. 162-177.

⁸ Environmental Change and Security Project (ECSP), the Woodrow Wilson International Center for Scholars, <<http://www.wilsoncenter.org/ecsp>>.

⁹ L. Brock, „Umwelt und Konflikt im internationalen Forschungskontext“, in *Umwelt und Sicherheit. Herausforderungen für die internationale Politik*, A. Carius, K.M. Lietzmann (Hrsg.), Berlin, Springer, 1998, S. 37-56.

gang des Angebots natürlicher Ressourcen im Verhältnis zur Nachfrage und Entwicklung gewalttätiger Konflikte zu untersuchen. Hierbei geht es namentlich um ein von Thomas Homer-Dixon¹⁰ geleitetes kanadisches Projekt und um das oben erwähnte schweizerische Projekt unter der Leitung von Günther Baechler, die beide auf einem umfangreichen Muster an Fallstudien beruhen¹¹. Die grundlegende Hypothese der beiden Forscherteams setzte einen Kausalzusammenhang zwischen erhöhter Knappheit natürlicher Ressourcen (*increased scarcity*) und einer Zunahme der Wahrscheinlichkeit gewaltsamer Konflikte zwischen den direkt betroffenen Bevölkerungsgruppen voraus.

Zusammengefasst sind die Ergebnisse dieser Arbeiten eher als nuanciert zu bezeichnen: Günther Baechler und Thomas Homer-Dixon haben nachgewiesen, dass die Zerstörung und die Knappheit von erneuerbaren Naturressourcen nur sehr selten eine hinreichende und unmittelbare Ursache von Gewaltkonflikten darstellen¹². Hingegen fügen beide Forscher hinzu, dass solche Erscheinungen oft erheblich zu derartigen Konflikten beitragen können, wenn sie mit anderen Faktoren wie wirtschaftlichen, sozialen oder ethnischen Problemen einhergehen – Faktoren, deren Auswirkung generell in Entwicklungsländern stärker ist als in anderen Ländern. Nach und nach hat sich ein Konsens um die Idee herausgebildet, dass Umweltkonflikte vielfache Ursachen haben, dass sie durch ihre Wechselseitigkeit (Umweltzerstörung als Konfliktursache und umgekehrt) sowie durch die Tatsache gekennzeichnet sind, dass ein Konflikt nur eine Folge der Umweltzerstörung unter anderen ist: Migration, Armut oder Nahrungsmittelunsicherheit stellen weitere typische Folgen dar¹³.

Auf dieser historiographischen Grundlage wurden im Jahr 2001 die Forschungsarbeiten im Rahmen des IP7, das heisst das individuelle Forschungsprogramm des Forschungspols Nord-Süd (NCCR North-South) über die Studie umweltbedingter Konflikte eingeleitet¹⁴. Jedoch haben sich die Arbeiten des IP7 – im Unterschied zu jenen der Teams von Günther Baechler und Thomas Homer-Dixon – nicht als oberstes Ziel gesetzt, die Debatte über die Kausalzusammenhänge zwischen natürlichen Ressourcen und Konflikten erneut aufzugreifen, auch wenn diese Debatte in unseren Forschungen natürlich berücksichtigt wurde¹⁵. Die Analyse ökologischer Konflikte, wie am IP7 entwickelt, sollte vielmehr dazu dienen, die Bedingungen der Umwandlung solcher Konflikte zu verstehen, bzw. Anregungen zu ihrer Lösung zu geben. Indem das IP7 sich bewusst nicht nur auf die Untersuchung der Kausalzusammenhänge zwischen Ressourcen und Konflikten beschränkte, berücksichtigte es auch die Analyse von Situationen, in denen Spannungen bzw. latente Konflikte in Bezug auf

¹⁰ T.F. Homer-Dixon, *Environment, Scarcity, and Violence*, Chichester, Princeton, 1990.

¹¹ Betreffend das systematischste Synthesewerk des zweiten Projekts siehe G. Baechler, *Violence through Environmental Discrimination*, Dordrecht, Boston, London, Kluwer Academic Publishers, 1999.

¹² A. Carius, G. Baechler, S. Pfahl, A. March, F. Biermann, *Umwelt und Sicherheit: Forschungserfordernisse und Forschungsprioritäten*, Berlin, Ecologic, 1999.

¹³ *Ibid.*, S. 5.

¹⁴ Siehe <http://www.swisspeace.org/research/governance_conflict_env.htm>. Für eine Aufstellung der abgeschlossenen oder der laufenden Doktorarbeiten, siehe <<http://www.swisspeace.org/uploads/research/DoctoralThesis8June06.pdf>>.

¹⁵ Für eine kritische Beleuchtung dieser Debatte siehe T. Hagmann, „Confronting the Concept of Environmentally Induced Conflict“, *Peace, Conflict and Development*, No 6, Januar 2005, S. 1-22.

bestimmte Naturressourcen nicht zu gewaltsamen und erklärten Konflikten geführt hatten. Nochmals, es ging darum, den Schwerpunkt nicht auf Kausalitäten verschiedenen Grades zwischen Umwelt und Konflikten zu legen, sondern auf die Art und Weise, wie solche Konfliktsituationen bewältigt oder gehandhabt werden.

Diese auf die Transformation der Konflikte ausgerichtete Sichtweise hing direkt mit dem Gesamtkonzeptrahmen des Forschungspols Nord-Süd zusammen. Dessen prioritäres Ziel ist es, die wissenschaftlichen Kenntnisse über die Verhütung von Konflikten, die mit dem verbunden sind, was man in diesem Rahmen „Syndrome des globalen Wandels“ nennt, zu vermehren und zu verbessern¹⁶. Gemäss diesem Ansatz haben „Haufen“ (*Clusters*) von Problemen Tendenz, sich in ähnlichen Konstellationen in verschiedenen Teilen der Welt zu wiederholen. Die betreffenden Probleme hängen miteinander zusammen und können nur unter Berücksichtigung der diversen Komponenten des „Syndroms“, mit dem sie verbunden sind, geregelt werden. In Bezug auf die Transformation von Konflikten im Zusammenhang mit natürlichen Ressourcen setzt dies voraus, dass die Forschungsarbeiten breit gefächert ausgerichtet werden, sowohl was die Ursachen oder die Faktoren solcher Konflikte, als auch die möglichen Mittel zu ihrer Bewältigung betrifft.

Um uns nicht auf Debatten mit ungewissem Ausgang über die Bedeutung der Umwelt als Konfliktfaktor einzulassen, erschien uns ein weiterer Schritt unumgänglich. Er bestand darin, die Frage der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen in den Mittelpunkt unserer Überlegungen und unserer Problematik zu stellen. So werden „Umweltkonflikte“ in der von uns gewählten Sichtweise als Konflikte um die *Nutzung* von erneuerbaren Naturressourcen verstanden, und wir nehmen an, dass eine Konfliktsituation besteht, wenn mindestens einer der Akteure durch die Meinungsverschiedenheiten zwischen den am Konflikt beteiligten Parteien geschädigt wird. Mit dieser Definition haben wir klar Stellung bezogen in dem, was man als „dritte Phase“ der Umweltkonfliktforschung bezeichnet hat: Nach einer ersten Phase, in der das Hauptanliegen gewesen war, den Sicherheitsbegriff konzeptuell zu erweitern, und einer zweiten Phase, bei der der Schwerpunkt auf die Kausalzusammenhänge zwischen Umwelt und Konflikt gelegt wurde, ging es nunmehr darum, sich auf die Bewältigungsmethoden zu konzentrieren, die dieser Art von Konfliktsituation angepasst sind und die Transformation besagter Konflikte zum Ziel haben, um zu vermeiden, dass sie in einer Gewaltspirale enden¹⁷.

Interdisziplinarität, Komparatistik und Nord-Süd-Tandems

Das Forschungsprogramm folgte einem interdisziplinären und komparativen Ansatz, der auf einer beschränkten Anzahl eingehender Fallstudien beruhte.

¹⁶ Betreffend den methodologischen Ansatz, welcher der Konzeption des Forschungsprogramms zugrunde lag, verweisen wir auf die ersten drei Kapitel des folgenden Werks: H. Hurni, U. Wiesmann, R. Schertenleib (eds.), *Research for Mitigating Syndromes of Global Change: A Transdisciplinary Appraisal of Selected Regions of the World to Prepare Development-Oriented Research Partnerships. Perspectives of the Swiss National Centre of Competence in Research (NCCR) North-South*, University of Berne, Vol. 1, Bern, Geographica Bernensia, 2004.

¹⁷ A. Carius et al., op. cit., S. 12-14.

Interdisziplinarität ist ein wesentlicher Bestandteil jeder Friedens- und Konfliktforschung: Ebenso wie die Dimensionen des Friedens nicht auf einen einzigen Bereich wie Wirtschaft, Politik oder Rechtsordnung reduziert werden können, sind auch die Konfliktursachen verschiedenartig. So hat das IP7 ForscherInnen aus Disziplinen wie Geografie, Ethnologie, Politikwissenschaft oder Ökonomie zusammengebracht, und Studierende mit Master-Niveau, die in anderen Disziplinen ausgebildet worden waren, haben noch zur Erweiterung des Spektrums der berücksichtigten Ansätze beigetragen. Zwischen den verschiedenen Forschungen ergab sich über die Grenzen der Disziplinen hinweg ein intensiver und kontinuierlicher Dialog.

Der komparative Ansatz war seinerseits Bestandteil der Forschungsstrategie, die im NCCR North-South entwickelt wurde, und die das Bestehen von *Clusters* von Entwicklungsproblemen im Zusammenhang mit spezifischen geografischen Kontexten festsetzte¹⁸. Die Arbeiten des IP7 konzentrierten sich auf vier der neun gemeinsamen Gebiete für Fallstudien (*Joint Areas of Case Studies*, JACS) des NCCR North-South¹⁹, nämlich das Horn von Afrika, (Äthiopien, den Sudan und Ägypten), Zentralasien (Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan), Südasien (Indien und Bangladesch) sowie Südostasien (die Philippinen und Indonesien). Zum anderen hat das IP7 eine so genannte „Tandemstruktur“ für seine DoktorandInnen aus Ländern des Nordens und des Südens oder Ostens errichtet. Diese Struktur bestand darin, Fallstudien im gleichen geografischen Kontext durch ForscherInnen verschiedener Herkunft durchzuführen, wobei das Ziel war, den Wissensaustausch und die Integration von ForscherInnen aus Ländern des Südens in die internationalen akademischen Netzwerke zu fördern. Ferner entschied sich das IP7 für ein Dutzend eingehender Fallstudien, wobei vorausgesetzt wurde, dass die von den Einzelstudien aufgeworfenen Fragen potenziell auf andere Fälle anwendbare Ergebnisse erbringen sollten. Jedoch wurden die ForscherInnen ermuntert, einen Blickwinkel zu wählen, der über den strengen Rahmen ihres spezifischen Forschungskontexts hinausgeht und sich nicht darauf beschränkt, eine bereits bestehende Theorie oder einen existierenden Ansatz erhärten oder kritisieren zu wollen. Das Ziel war, die neuen Informationen und Auslegungen, die sich anhand der Feldstudien ergeben könnten, bestmöglich herauszustellen und dadurch zu einer Beantwortung der gestellten Fragen beizutragen²⁰.

Betreffend die Methodologie sind wir sowohl induktiv als auch deduktiv vorgegangen. Wir waren bestrebt, nicht nur praktische Instrumente ausgehend von bestehenden Theorierahmen auszuarbeiten, sondern auch bereits vorhandene Instrumente in neuen Konfliktkonstellationen zu entwickeln und zu testen. Die sich ergebenden empirischen Resultate ermöglichten uns, die konzeptuellen und theoretischen Überlegungen zur Thematik zu bereichern und voranzutreiben. Demzufolge erwies sich die Palette des angewandten methodologischen Instrumentariums als ziemlich umfassend, wobei das Instrumentarium von der

¹⁸ H. Hurni et al., op. cit. Siehe <<http://www.nccr-north-south.unibe.ch/syndromeliste.asp>>.

¹⁹ Das NCCR North-South konzentriert sich auf neun Regionen in der Welt (JACS), davon eine in der Schweiz und die übrigen acht in Afrika, Lateinamerika und Asien. Siehe <<http://www.nccr-north-south.unibe.ch/Jacsliste.asp>>.

²⁰ Ein guter Überblick über das wissenschaftliche und heuristische Fallstudienpotenzial findet sich in J. Gerring, „What Is a Case Study and What Is It Good For?“, *American Political Science Review*, Vol. 98, No 2, 2004, S. 341-354.

Forschung anhand soziologischer, politischer oder wirtschaftlicher Indikatoren, über das Zusammentragen von Daten vor Ort oder in Archiven bis hin zu „klassischen“ ethnologischen Felderhebungen reichte.

Für einen anthropozentrischen Ansatz der Umweltkonflikte

Die nachstehend präsentierten Ergebnisse beruhen auf abgeschlossenen oder auf laufenden Forschungen, da noch nicht alle Doktorarbeiten im Rahmen dieses Programms eingereicht wurden. Somit ist die Zeit für eine abschliessende Bilanz noch nicht gekommen. Dennoch erlauben es diese Resultate unserer Ansicht nach, erste Schlussfolgerungen in Bezug auf die spezifischen Fallstudien wie auch auf die bereits existierenden Forschungsarbeiten zu ziehen. In den verschiedenen untersuchten Regionen wurde der Forschungsschwerpunkt thematisch einesteils auf internationale Konflikte im Zusammenhang mit der Wasserbewirtschaftung und anderenteils auf nationale (oder subnationale) Konflikte in Verbindung mit dem Landzugang und der Landverteilung gelegt.

Wasser und Politik

Die Wasserbewirtschaftung im Nilbecken, das sich über rund zehn Länder erstreckt und zirka 160 Millionen Einwohner umfasst, stellt ein bedeutendes Konfliktpotenzial dar: Die Wasser des längsten Flusses der Welt bilden eine wesentliche Ressource für die Landwirtschaft und die Wirtschaft von Ländern, die zumeist in Trocken- oder Halbtrockengebieten gelegen sind. Mit einer Wachstumsrate von 2 bis 3 Prozent übt die Bevölkerung dieses Gebiets einen immer stärkeren Druck auf diese Ressourcen aus, und die Gefahr eines zunehmenden Ungleichgewichts zwischen Wasserangebot und -nachfrage ist real. Zudem machen gegensätzliche Interessen zwischen Anrainerländern die Situation noch schwieriger. So waren die Beziehungen zwischen Äthiopien, dessen Hochland 86 Prozent der Wasser des Nils liefern, und Ägypten, das 95 Prozent seines Wasserbedarfs aus dem Nil deckt, zuweilen sehr angespannt²¹.

Zu dieser Thematik wurden zwei gemeinsame Forschungen durchgeführt, eine flussaufwärts (Äthiopien)²² und eine flussabwärts (Ägypten)²³. Dabei ging es um die Art und Weise, wie man „vom Konflikt zur Zusammenarbeit“ (Simon Mason) gelangen könnte und dadurch das „wasserpolitische Dilemma“ zwischen einer unzulänglichen Wasserbewirtschaftung und einer den Grundsätzen nachhaltiger Entwicklung zuwiderlaufenden Wassernutzung auf nationaler Ebene einerseits, und dem Mangel an Zusammenarbeit und der in der Region

²¹ S.A. Mason, *From Conflict to Cooperation in the Nile Basin: Interaction between Water Availability, Water Management in Egypt and Sudan, and International Relations in the Eastern Nile Basin*, Zürich, Center for Security Studies, ETH Zürich, 2004, S. 3.

²² Y. Arsano, *Ethiopia and the Nile: Dilemmas of National and Regional Hydropolitics*, PhD Thesis, Department of Political Science and International Relations, Addis Ababa, Addis Ababa University, 2004.

²³ S.A. Mason, op. cit. Jacob Arsano, Abteilung Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen der Addis-Abeba-Universität, und Simon Mason, Zentrum für Sicherheitsstudien der ETH Zürich, haben zusammen eine originelle, auf Dialog-Workshops aufgebaute Arbeitsmethode entwickelt und ihre Forschungsarbeiten im Nord-Süd-Tandem durchgeführt.

herrschenden Unsicherheit andererseits lösen könnte²⁴. Beide Autoren haben die Bedeutung der so genannten „Linkage-Strategien“ bei der Wasserbewirtschaftung und bei der Verhütung der mit dieser problematischen Bewirtschaftung zusammenhängenden Konflikte aufgezeigt: Verbindungen zwischen Anrainerstaaen, deren Geschicke aufgrund ihrer geografischen Lage unweigerlich miteinander verflochten sind und die aus einer gegenseitigen Zusammenarbeit nur den grössten Nutzen ziehen können; institutionelle, wirtschaftliche und ökologische Beziehungen zwischen allen Akteuren des Nilbeckens. Gegen eine starke historische Tendenz zu einseitigen Ansätzen der Bewirtschaftung und Nutzung der Wasser des Nilbeckens, und im Hinblick auf eine konstruktive Bewältigung der mit der Nutzung verbundenen Konflikte regen diese Forschungsarbeiten an, dass jede Wasserentnahme durch die Bereitstellung anderer Ressourcen bzw. durch die Einräumung eines „Mitspracherechts“ – d.h. die politische Partizipation der benachteiligten Bevölkerung am Entscheidungs- und Ressourcenbewirtschaftungsprozess – kompensiert wird. Die Einsetzung solcher Kompensationsmechanismen und die Berücksichtigung der betroffenen Bevölkerungsgruppen setzen die Schaffung angemessener institutioneller Mechanismen voraus. Diese müssen über nationale Grenzen hinausreichen und nationalen wie auch traditionellen Machtmechanismen auf regionaler Ebene Rechnung tragen²⁵.

Die Wasserfrage stellt auch in Zentralasien eine sehr wichtige wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Problematik dar. Auch hier besteht eine – sowohl in der wissenschaftlichen Forschung als auch in Entwicklungsprojekten festgestellte – ausgeprägte Tendenz, einen direkten Zusammenhang zwischen Wasserressourcen und Konflikten herzustellen. Wasserknappheit (*scarcity*) wird im Allgemeinen als „natürliche“ Ursache von Beschwerden (*grievances*) wahrgenommen, die, sobald sie einmal in Worte gefasst und von den örtlichen Gemeinschaften in die Öffentlichkeit hinausgetragen werden, fast zwangsläufig zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führen. Aus dieser Sicht werden mit Wasser zusammenhängende Konflikte als „endemisch“ – das heisst als sich lediglich aus Kämpfen und dem Interessenspiel auf lokaler Ebene ergebend oder als direkte Folge einer auf Wassermangel zurückzuführenden Verschlechterung interkommunaler Beziehungen – angesehen. Und die Lösung solcher Konflikte wird vor allem als technisches Problem (Verbesserung der Bewässerungsnetze) und auch als lokales Problem (Errichtung von Mechanismen zur gemeinsamen Wasserbewirtschaftung auf Gemeinschaftsebene) verstanden.

Die Forschungen, die im Rahmen des IP7 über das Ferganatal im Syr Daria-Becken im Grenzbereich von Kirgistan, Usbekistan und Tadschikistan vorgenommen wurden²⁶, haben deutlich die Grenzen eines solchen Ansatzes gezeigt. Zuerst einmal ist das Konzept des „Wassermangels“ an sich nicht einfach eine „objektive“ oder „natürliche“ Gegebenheit, wie das im Allgemeinen, nament-

²⁴ Y. Arsano, *Ethiopia and the Nile: Dilemma of National and Regional Hydro-politics*, PhD Summary, NCCR North-South Dialogue, IP 7 „Environmental Change and Conflict Transformation“, Bern, NCCR North-South, 2005, <<http://www.nccr-north-south.unibe.ch/document/document.asp?ID=3741&refTitle=the%20NCCR%20North-South&Context=NCCR>>.

²⁵ Aus der Sicht direkter angewandter Forschung siehe R. Bonzi, „NGOs in Conflict Prevention: Experiences from the Water Sector in Ethiopia“, *Development in Practice*, Vol. 16, No 2, 2006, S. 201-208.

²⁶ C. Bichsel, *Dangerous Divides: Irrigation Disputes and Conflict Transformation in the Fergana Valley*, PhD Thesis, Bern, Institute of Geography, University of Bern, 2006.

lich von in der Region tätigen Entwicklungsagenturen postuliert wird. Im Gegenteil, Wassermangel ist ein historisch, gesellschaftlich, kulturell und politisch konstruiertes Problem. Es ist das Ergebnis von Kräfteverhältnissen; somit muss man die Art und Weise, wie die gesellschaftlichen Akteure die Probleme der Versorgung mit Trinkwasser oder mit Wasser für die Bewässerung wahrnehmen, sowie die Strategien, die sie zur Lösung dieser Probleme einsetzen (oder auch nicht einsetzen), in ihren Kontext stellen. Diese Konflikte in den betroffenen Gesellschaften als „endemisch“ zu analysieren, ist zudem problematisch. Zum einen führt das in der Regel zu einer primordialistischen und vereinheitlichenden Sicht dieser Gemeinschaften, die als homogene Einheiten wahrgenommen werden, welche sich um essentialistische Bande des Zusammenhalts gebildet haben und ein gemeinsames Ziel verfolgen, wohingegen es sich um komplexe politische Gesellschaften handelt, die von vielfältigen Bruchlinien durchzogen werden. Zum anderen gehen diese Konflikte nicht nur aus einer lokalen Logik hervor. Im Gegenteil: Man kann die Konflikte nicht verstehen, wenn man sie nicht in ihrem internationalen Kontext sieht, und wenn man nicht die politischen Fragen erkennt, die sich auf regionaler Ebene stellen.

Infolge der oben dargelegten positivistischen Sicht der Zusammenhänge zwischen Knappheit (*scarcity*), Beschwerden (*grievances*) und Konflikten sind die Antworten der nationalen und internationalen Akteure auf das Problem der Wasserverteilung im Ferganatal oft nicht angemessen. Zum ersten weist die „technizistische“ Option, die im Versuch besteht, mit Wasser verbundene Konflikte zu verhüten oder zu lösen, indem man die Verteilungsnetze und ihre Bewirtschaftung durch die lokalen Gemeinschaften verbessert, den hauptsächlichen Mangel auf, dass sie hochpolitische Probleme zu „entpolitisieren“ anstrebt, indem sie daraus „einfache“ Fragen technischer und Gemeinschaftsentwicklung macht²⁷. Die Berücksichtigung einer Naturressource wie Wasser als ein vor allem politisches, soziales und kulturelles Problem erweist sich somit als eine prioritäre Herausforderung der Forschung, wie auch der Entwicklungspolitik.

Sodann besteht als Folge davon die Tendenz, die wesentliche Rolle der Kräfteverhältnisse auf lokaler Ebene zu unterschätzen, und diese Rolle wird auch bei der Durchführung der Programme internationaler Organisationen, die in der Region tätig sind, nicht genügend berücksichtigt. Die Kräfteverhältnisse spiegeln sich in der relativen Bedeutung wider, die den verschiedenen Gesetzssystemen auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene eingeräumt wird. Nun kommt es aber sehr häufig vor, dass der nationale Rechtsrahmen, der mit Hilfe internationaler Akteure überarbeitet und reformiert wird, dem täglichen Leben der lokalen Bevölkerung in keinsten Weise entspricht und ihr somit auch nicht wirklich sinnvoll erscheint. Überdies erkennen sich die betroffenen Gruppen nicht in dem „Harmoniemo­dell“ wieder, das externe Akteure ihnen zur Lösung der Konflikte, die sie glauben erkannt zu haben, aufzuzwingen versuchen, oder sie schliessen sich ihm nicht an. Diese Art von Modell ist übrigens oft eine symbolische Projektion seitens der Geber, ohne wirkliche historische Grundlage. Konflikte, die sich scheinbar „einfach“ aus dem Wettbewerb um den Zugang zu Wasser und zu den Bewässerungsnetzen ergeben, leiten sich in Wirklichkeit aus

²⁷ In einem völlig anderen Kontext siehe auch J. Ferguson, *The Anti-Politics Machine: „Development“, Depoliticization, and Bureaucratic Power in Lesotho*, Minneapolis, University of Minnesota Press, 1990.

der Geschichte der Kräfteverhältnisse zwischen verschiedenen etablierten Gruppen und Gesellschaftsschichten ab. Die Transformation der mit Wasser verbundenen Konflikte kommt folglich nicht um eine gründliche Analyse ihrer historischen, sozialen, kulturellen und politischen Dynamik herum, was oft weder im Interesse der internationalen Akteure, noch der auf nationaler Ebene intervenierenden Akteure liegt.

Boden und Konflikte

Die Konflikte im Zusammenhang mit der Bodennutzung wurden im Rahmen des IP7 aus verschiedenen Blickwinkeln sowie in recht unterschiedlichen geografischen und historischen Kontexten untersucht. Auch hier hat sich wiederum deutlich gezeigt, dass man, um die Dynamik solcher Konflikte zu verstehen und wirksame Interventionsstrategien auszuarbeiten, sich nicht darauf beschränken kann, einen Zusammenhang zwischen der Frage des Landzugangs, der Bodenbewirtschaftung oder -nutzung einerseits und den sich daraus eventuell ergebenden Spannungen oder Gewalttätigkeiten andererseits herzustellen. Viele weitere Variablen sind dabei zu berücksichtigen.

So hatte in Äthiopien die Umsetzung öffentlicher Politiken in Bereichen, welche die Agrar- oder Bodenpolitik indes nicht direkt betreffen, einen wesentlichen Einfluss auf die Bodennutzung und die Lebensunterhaltsstrategien (*livelihood strategies*). Dies ist zum Beispiel bei der Sicherheitspolitik, der administrativen Dezentralisierungspolitik und der Politik der Nahrungsmittelhilfeverteilung der Fall, wobei letztere eng mit der humanitären Politik auf internationaler Ebene verbunden ist. Beleuchtet man etwa den letztgenannten Aspekt, so ergibt sich, dass die kontinuierliche Verteilung von Nahrungsmittelhilfe in Weidegebieten einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Naturressourcen zuwiderläuft. Anlässlich solcher Verteilungsaktionen sammeln sich grosse Bevölkerungsgruppen an Orten an, die nicht unbedingt dafür geeignet sind, und diese Politik trägt generell zur Bevölkerungszunahme in bestimmten Gebieten bei, was rasch zu grossen Ungleichgewichten führt und die Böden in Mitleidenschaft zieht. Ausserdem geben solche Nahrungsmittelverteilungen oft zu völlig unangepassten Konsumweisen und zu einer unangemessenen Nutzung der natürlichen Ressourcen Anlass und fördern die Beibehaltung solcher Verhaltensweisen²⁸. Um diesbezüglich eine Trendwende zu bewirken, müssen Reformen im Bereich des Grundrechts im Allgemeinen und des Eigentumsrechts im Besonderen durchgeführt werden. Nun sind diese Rechtssysteme aber in einer gesellschaftlichen und historischen Dynamik verankert und haben ihren Sinn in einem Lebensrahmen und in Sozialnetzen, die sich nicht von einem Tag auf den anderen ändern lassen. Auch funktionieren sie gemäss einer Logik, die sich der Regierungspolitik entzieht, jedenfalls in den Halbtrockengebieten des Tieflands, die im Rahmen des IP7 untersucht wurden. Die Tatsache, dass die äthiopische Regierung bis heute keine Weidepolitik im eigentlichen Sinne eingeführt hat, ist ein guter Hinweis dafür. Dies macht zudem jedes Engagement im Weidebereich auf nationaler Ebene sehr schwierig.

²⁸ Siehe C. Ammann, *Nahrungsmittelhilfe in der Somali Region Äthiopiens 1983-2004. Eine Verteilungsanalyse*, Working Paper Nr. 8, Center for Comparative and International Studies, Zürich, Universität Zürich und ETHZ, 2005.

Im Vorfeld der Landnutzung und -verwertung – sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Weidewirtschaft – stellt sich natürlich die Frage der Landverteilung. Auf diesen Aspekt, unter anderen, haben sich die Forschungsarbeiten im Rahmen des IP7 konzentriert, die am Ethnologieseminar der Universität Zürich (ESZ) zu Südasien (Indien und Bangladesch) und zu Südostasien (Philippinen und Indonesien) durchgeführt wurden. Genauer gesagt, legten diese Arbeiten den Schwerpunkt auf die Beziehungen zwischen „Siedlern“ und „einheimischen Bevölkerungsgruppen“ beim Zugang zum Grundbesitz, insbesondere in den „Grenzgebieten“ (im gesellschaftlichen wie im geografischen Sinne). Wenn Siedler sich in diesen Gebieten auf Initiative des Staates oder auf eigene Faust niederlassen, so ergeben sich hieraus in der Regel Spannungen zwischen ihnen und den einheimischen Bevölkerungsgruppen, die sich durch die Neuankömmlinge bedroht fühlen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen, die daraus zuweilen entstehen, kristallisieren sich zumeist um die Frage des Eingeborenensstatus („Indigenität“) und führen zu migrantenfeindlichen Diskursen und Praktiken im Namen des Rechts der „Einheimischen“, über „ihr“ Land zu verfügen. Auch in diesen Fällen wäre es eine Vereinfachung, die Dynamik solcher Konflikte auf die alleinige Frage des Landzugangs oder des Landmangels infolge der Niederlassung der Siedler zu reduzieren. Auch hier sind die Konflikte nicht nur „umweltbedingt“, sondern es handelt sich tatsächlich um Konstellationen von Konflikten verschiedener Art und Herkunft (ethnische, politische, soziale, wirtschaftliche, kulturelle Konflikte, usw.), und jeder Vermittlungsversuch bei solchen Konflikten muss dieser Komplexität Rechnung tragen²⁹.

Das Beispiel der Landzuteilung (*land titling*) auf der Insel Mindanao auf den Philippinen zeigt die ganze Komplexität und Ambivalenz der Interventionsstrategien in diesem Bereich auf. 1997 hat die philippinische Regierung mit dem *Indigenous Peoples Rights Act* (IPRA) ein in ganz Südostasien neuartiges Gesetz zum Schutz der indigenen Bevölkerung erlassen. In der Tat führt dieses Gesetz, indem es den einheimischen Bevölkerungsgruppen das Recht einräumt, ein Eigentumszertifikat auf ihr Land zu verlangen – und auch zu erhalten –, ein scheinbar wirksames System zum Schutz indigener Minderheiten ein. Bei näherer Betrachtung stellt man jedoch fest, dass die Dinge nicht ganz so einfach sind. Das Gesetz ist nämlich Teil einer Hegemonialstrategie des philippinischen Staates, der seine Kontrolle in so genannten „Grenzgebieten“ – in dem Sinne, als die Präsenz des Staates dort in der Regel sehr schwach ist und seine Macht zuweilen durch bewaffnete Gruppen weitgehend in Frage gestellt wird – ausdehnen will. Somit ist das, was auf den ersten Blick als wirksame Massnahme zum Schutz ethnischer Minderheiten erscheint, in Wirklichkeit auch – oder vor allem – ein Hegemonialinstrument in den Händen des Staates³⁰.

Wenn die Forschungsarbeiten des IP7 über Wasser- und Landkonflikte etwas gezeigt haben, so ist es sicher die zentrale Bedeutung des Faktors „Mensch“ im Rahmen von angeblich „umweltbedingten Konflikten“. Aufgrund dessen liegen die Verhütung und die Lösung solcher Konflikte nicht in technischen Eingriffen,

²⁹ Ein Teil dieser unter der Leitung von Jürg Helbling und Danilo Geiger durchgeführten Forschungen wurde veröffentlicht in D. Geiger (ed.), *Frontier Encounters: Indigenous Communities and Settlers in Asia and Latin America*, New Brunswick, NJ, Transaction Publishers, 2006.

³⁰ Siehe zu diesem Thema I. Wenk, „Bounded Spaces of Coexistence: Land Titling and Settlers on Indigenous Domains in Mindanao, the Philippines“, *Tsantsa*, No 10, 2005, S. 181-185.

die darauf abzielen, entweder auf den ökologischen Ursprung der Konflikte (z.B. Bekämpfung der Dürre) oder auf die Zuteilung bzw. Verteilung der Ressourcen (Bewässerungsnetze, Wasser- und Landzuteilung) einzuwirken, sondern in Eingriffen betreffend die menschliche, soziale, politische, wirtschaftliche und kulturelle Verwaltung besagter Ressourcen. Indem dieser anthropozentrische Ansatz der Ressourcenbewirtschaftung und -nutzung den Einzelnen und die gesellschaftliche Gruppe ins Zentrum der Analyse stellt, zielt er auch darauf ab, die institutionellen Dimensionen solcher Konflikte zu untersuchen und das Präventions- und Lösungspotenzial zu erfassen, das in diesen Institutionen liegt, gleich ob es sich dabei um gewohnheitsrechtliche, gemeinschaftliche oder staatliche Einrichtungen handelt.

Perspektiven: Den Staat wieder „in den Mittelpunkt der Analyse“ rücken

Konflikte sind – definitionsgemäss – weiterhin hauptsächlich ein Zusammenspiel zwischen Menschen. Ändert sich das Umfeld infolge des Klimawandels oder sonstiger Faktoren, so kann dies zwar die Rahmenbedingungen des menschlichen Zusammenspiels beeinflussen, jedoch bleibt es den betroffenen Männern und Frauen überlassen, ihre Beziehungen in und mit dieser Umwelt entsprechend zu gestalten. Das Hauptmerkmal solcher Konflikte ist folglich, dass sie gesellschaftlicher und nicht ökologischer Art sind. Dies soll nicht besagen, dass man die Bedeutung von Konflikten, sie sich um die Nutzung natürlicher Ressourcen entwickeln, unbeachtet lassen sollte, doch geht es ebenfalls darum, nicht zu rasch neue eindeutige und vereinfachende Erklärungen für diese Art von Erscheinung zu suchen. Auch wenn die Arbeiten vom Ende der 90er Jahre bereits die Bedeutung einer differenzierten Analyse, welche verschiedene Faktoren in Betracht zieht und jeden einseitigen Kausalzusammenhang vermeidet, hervorgehoben hatten, so muss dieser Punkt hier – namentlich in Anbetracht der vor einigen Jahren unter dem Motto „*Greed versus Grievances*“³¹ und dem Schlagwort der „neuen Kriege“³² aufgetretenen Diskussionen – erneut betont werden.

Mit ihrer vereinfachenden These, welche besagt, dass heutzutage die meisten Konflikte in der Dritten Welt mehr auf die „Gier“ der „Rebellen“, als auf politische Gründe zurückzuführen seien, haben Paul Collier und Anke Hoeffler das politische und wissenschaftliche Augenmerk auf die Rolle der ökonomischen Aspekte bei dieser Art von Konflikten gelenkt. Dennoch gilt: So wie umweltbedingte Konflikte sich nicht auf eine „Beschreibung der Umwelt“ reduzieren lassen, so läuft das Ersetzen der „politischen Beschreibung“ durch eine „ökonomische Beschreibung“ auf eine Verfälschung der Perspektive hinaus³³. Nichtsdestoweniger enthält die von Paul Collier und Anke Hoeffler lancierte Debatte einen interessanten Zusammenhang mit unseren Forschungsarbeiten, indem sie die wirtschaftlichen Dimensionen in den Vordergrund stellt. Unsere Arbeiten befassen sich nämlich sowohl mit den Eigentums- und Nutzungsrechten (*property and user rights*), als auch mit den Beziehungen zwischen lokaler,

³¹ P. Collier, A. Hoeffler, *Greed and Grievance in Civil War*, Washington DC, World Bank, 2000.

³² H. Münkler, *Die neuen Kriege*, Reinbek, Rowohlt, 2002.

³³ Für eine kritische Analyse der Thesen von Paul Collier und Anke Hoeffler, unter vielen anderen, siehe R. Marchal, C. Messiant, „De l’avidité des rebelles. L’analyse économique de la guerre civile selon Paul Collier“, *Critique internationale*, No 16, Juli 2002, S. 58-69.

nationaler und Weltwirtschaft. Wenn wir über Lösungen im Zusammenhang mit der Nutzung natürlicher Ressourcen nachdenken, so kann es neben einem Eingriff in den politischen, sozialen und ökonomischen Kontext der Bewirtschaftung dieser Ressourcen auch darum gehen, alternative Vermarktungs- oder Einkommensformen für die betroffene Bevölkerung zu finden. Wir kommen somit auf die Rolle verschiedener Handelssysteme, auf mögliche Alternativen wie Fairer Handel, oder sogar auf die eventuellen Beiträge multinationaler Unternehmen zu sprechen. Uns scheint, dass diese wirtschaftlichen Grundsätze sowie die Eigentumssysteme und die damit verbundenen Machtstrategien von den westlichen Interventionsprogrammen nicht genügend berücksichtigt werden, und dass sie auch nicht Gegenstand zahlreicher Forschungen im Zusammenhang mit Konflikten waren.

Zum anderen ist die Rolle der Institutionen massgeblich, um den Kontext von Konflikten um die Nutzung von Naturressourcen zu erfassen, aber auch – und vor allem – das Transformationspotenzial solcher Konflikte zu begreifen. Diese Rolle tendierte dazu, von den meisten früheren Forschungsarbeiten, aber auch von unseren eigenen, zu Beginn der ersten Phase des NCCR North-South lancierten Arbeiten unterschätzt zu werden. Das Angebot an natürlichen Ressourcen und die Nachfrage danach entwickeln sich nämlich nicht in einem Vakuum. Sie sind Teil eines umfassenderen Ressourcensystems, in dessen Rahmen Bemühungen zur Konfliktbeilegung über Institutionen erfolgen können. Dies umso mehr, wenn es sich um internationale Spannungen oder Konflikte handelt, wie dies oft im Zusammenhang mit Wassernutzungskonflikten der Fall ist. Das Wissen darüber, ob effektiv Ressourcenverzicht oder -knappheit besteht, hängt von der Rolle und der Fähigkeit dieser Institutionen ab³⁴. Letztere sind umso besser imstande, eventuelle Konflikte zu lösen oder umzuwandeln, als sie Verbindungen zwischen verschiedenen Ressourcen herstellen und dadurch einen Austausch oder Abkommen anhand einer breiten Ressourcenbasis anbieten können, über Monitoring-Mechanismen für die gefundenen Lösungen verfügen und in einem stabilen institutionellen Rahmen verankert sind³⁵.

Schliesslich berührt die Studie von Konflikten im Zusammenhang mit der Nutzung von Naturressourcen das eigentliche Fundament der Staaten, in denen sich diese Konflikte abspielen. Erstens bilden die fraglichen Ressourcen und die sich daraus ableitenden Lebensweisen sehr oft die lebenswichtige politische und wirtschaftliche Grundlage der betreffenden Staaten. Die historische und politische Dynamik des Aufbaus der Staaten ist selbst untrennbar mit der Verfügbarkeit dieser Ressourcen und der Kontrolle darüber verbunden, so wie dies beispielsweise beim Zugang zur politischen Macht und bei der Bildung einer Führungsschicht zu Ende der Kolonialzeit in Afrika der Fall war. Zweitens sind die Art der Verwaltung der Eigentumsrechte bzw. der Bewältigung der mit der Nutzung dieser Ressourcen verbundenen Konflikte, die Kontrolle und die Umsetzung solcher Rechte sowie die Verwaltung der Verfahren eng mit der Macht und der Funktionsweise des Staates verbunden. Jede Reform oder Umwandlung der bestehenden Strukturen und Systeme (*acquis*) stellt potenziell eine Reform oder eine Neugestaltung des Staates selbst dar. Daher stösst man,

³⁴ M.F. Giordano, M.A. Giordano, A.T. Wolf, „International Resource Conflict and Mitigation“, *Journal of Peace Research*, vol. 42, n° 1, 2005, pp. 47-65.

³⁵ *Ibid.*, pp. 59-61.

wenn man lokale Konflikte im Zusammenhang mit der Bodennutzung und der Wasserverteilung zu analysieren beginnt, auf Fragen, die den Kern der Funktionsweise der Gouvernanzsysteme auf den verschiedenen Stufen des Staates betreffen. Und häufig kommen zu dieser staatlichen Ebene noch eine aus den internationalen Organisationen bestehende internationale Ebene und eine transnationale Ebene hinzu, auf der die nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen im betreffenden Land tätig sind.

Abschliessend erklären wir uns weiterhin davon überzeugt, dass die Forschung über Konflikte betreffend die Nutzung natürlicher Ressourcen ein aussichtsreicher Weg ist. Sie hat aufgrund ihrer Thematik dazu beigetragen, den geografischen wie auch den historischen, sozialen und ökonomischen Kontext der untersuchten Konflikte wieder aufzuwerten. Jedoch ist es in Zukunft wichtig, Forschungen im Zusammenhang mit dieser Art von Konflikten vermehrt in der Reflexion über die Institutionen im Allgemeinen und über die Rolle des Staates und seiner verschiedenen Formen im Besonderen zu verankern. Dies umso mehr, als die neuen Forschungsarbeiten, zu denen auch unsere gehören, sich auf den Modus der Bewältigung und der Transformation dieser Konflikte konzentrieren. Solche Analysen lassen sich nicht in konstruktiver Weise ausserhalb des politischen Kontexts erarbeiten. Dies gilt a fortiori für die Suche nach eventuellen Lösungen und deren Umsetzung.